

Interpellation Fraktion GFL/EVP (Martin Trachsel, EVP): Unvollständige Kita Bestandesaufnahme und mittelfristige Planung

Im Dezember 2009 wurde durch das Jugendamt die Bestandesaufnahme und die mittelfristige Planung für Tagesstätten publiziert. Die Bestandesaufnahme suggeriert, einen Überblick über die gesamte familienexterne Betreuung zu geben. Unter Betreuungssituationen werden die angebotenen Plätze je Quartier, der Versorgungsgrad sowie die ungedeckte Nachfrage ausgewiesen. Die städtischen und subventionierten Tagesstätten sind einzeln aufgeführt, die privaten Anbieter fehlen in der Zusammenstellung und auf der Stadtteilkarte. Die privaten Anbieter werden jeweils im Dezember aufgefordert, eine Statistik zuhanden der Stadt auszufüllen. Veröffentlichungen aus dem Jugendamt geben eine ungenügende Gesamtsicht aller familienergänzenden Angebote oder deklarieren die Aussagen bezogen auf städtische und subventionierte Angebote ungenügend. Mir scheint, dem Service public und Public Governance wird zu wenig Rechnung getragen. Aus diesem Grund verweigern sich verschiedene private Anbieter, die Statistik für das Jahr 2009 abzugeben. Dem Bericht ist weiter zu entnehmen, dass 2010 im Kirchenfeld 20 neue Plätze geschaffen werden. Der Auftrag zur Schaffung neuer Plätze wurde scheinbar Leolea übertragen.

1. Warum werden die Plätze privater Anbieter in einer Auflistung nach Quartier nicht erwähnt und in der Grafik nicht gekennzeichnet?
2. Mit Public Governance sollen gesellschaftliche Fragestellungen verstärkt partnerschaftlich, transparent und wirkungsorientiert zum Wohle aller kooperativ angegangen werden. Orientiert sich der Gemeinderat in der Umsetzung von „NSB“ an Public Governance Grundsätzen und Konzepten?
3. Gibt es ein Konzept, wie neu zu schaffende Plätze bereitgestellt werden (stadteigene oder private Plätze)?
4. Müssen neue Vergaben von Gewährleistungsaufgaben für subventionierte Plätze ausgeschrieben werden?
5. Wie erfolgte die Vergabe an Leolea?

Bern, 21. Januar 2010

Interpellation Fraktion GFL/EVP (Martin Trachsel, EVP), Susanne Elsener, Manuel C. Widmer, Conradin Conzetti, Barbara Streit-Stettler, Nadia Omar, Tania Espinoza, Rania Bahnan Buechi, Kurt Hirsbrunner, Thomas Begert, Christoph Zimmerli, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Hans Peter Aeberhard, Pascal Rub, Dannie Jost, Mario Imhof, Martin Schneider, Henri-Charles Beuchat, Vinzenz Bartlome, Thomas M. Bürki, Michael Köpfl, Kathrin Bertschy, Jan Flückiger

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Der jährlich erscheinende Bericht des Jugendamts „Familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern“ ist ein Fachbericht, der sich in erster Linie an Fachpersonen sowie Politikerinnen und Politiker wendet. Der Bericht definiert unter anderem Zielsetzungen sowie Massnahmen und zeigt den aktuellen Ausbaubedarf und die Ausbauplanung in den Stadtteilen auf. Die Anzahl der von den privaten Einrichtungen betreuten Kinder wird aufgeteilt nach Stadtteilen genannt. Auf eine detaillierte Nennung der einzelnen privaten Betriebe in den Stadtteilen wird aber verzichtet, weil die Stadt bei der Ausbauplanung auf sie keine Einflussmöglichkeit hat. Ab Juni 2010 werden die privaten Betriebe unter www.bern.ch/kinderbetreuung im Detail aufgeführt und vorgestellt. Die im Jugendamt neu geschaffene Vermittlungsstelle (Eröffnung im September 2010) wird zudem auf Wunsch auch freie Plätze bei privaten Betrieben an Eltern vermitteln.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat orientiert sich an den Grundsätzen von Public Governance. So arbeitet die Stadt im Bereich der familienergänzenden Tagesbetreuung eng mit privaten Organisationen zusammen. Sie schliesst aktuell mit 13 Trägern, die in 25 Betrieben rund 547 Plätze anbieten, Leistungsverträge ab. Die Zahl der privaten Betriebe hat in den vergangenen Jahren im Gegensatz zu den städtischen Betrieben stark zugenommen. Die privaten Träger werden auch bei der Planung, bei der Ausgestaltung der Qualität und des Angebots sowie bei anderen grundsätzlichen Fragen eng miteinbezogen.

Zu Frage 3:

Der oben erwähnte Bericht „Familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern“ enthält neben der Bestandesaufnahme eine mittelfristige Ausbauplanung bezogen auf die einzelnen Stadtteile. Die Schaffung neuer Plätze richtet sich nach dieser Ausbauplanung. Von der Stadt mitfinanzierte Kitaplätze in neu eröffneten Betrieben wurden und werden in der Regel bei privaten Trägern bereitgestellt. Zusätzliche stadteigene Plätze werden dort geschaffen, wo es möglich ist, diese in bestehenden Einrichtungen zu realisieren. Die Anzahl der städtischen Betriebe ist denn auch seit Jahren konstant, während die Zahl der privaten Betriebe, die städtische Beiträge erhalten, deutlich zugenommen hat. Die privaten Träger müssen verschiedene Bedingungen erfüllen, damit eine Zusammenarbeit mit der Stadt möglich ist. Es sind dies unter anderem:

- Nicht gewinnstrebige Trägerschaft mit stabilen Strukturen;
- Einhaltung der Qualitätsvorgaben von Kanton und Stadt;
- Einhaltung der Bedingungen des Übertragungsreglements;
- Der Kitabetrieb muss eine Minimalgrösse von zwei Kindergruppen (oder 20 Plätze) aufweisen.

Zu Frage 4:

Die Vergabe von Kitaplätzen an private Träger bzw. deren Finanzierung muss nicht ausgeschrieben werden. Artikel 5 Absatz 2 des Reglements für die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte und den Abschluss von Leistungsverträgen (Übertragungsreglement; UeR; SSSB 152.03) hält fest, dass die Übertragung einer öffentlichen Aufgabe insbesondere dann freihändig vorgenommen werden kann, wenn sie auf ein anderes Gemeinwesen oder eine andere nicht gewinnstrebige juristische Person, Personengesellschaft oder Einzelunterneh-

mung erfolgen soll. Bei den privaten Trägern im Bereich der Kinderbetreuung, mit denen die Stadt Bern zusammenarbeitet, handelt es sich ausschliesslich um nicht gewinnstrebige Vereine oder Stiftungen.

Zu Frage 5:

Angesichts der hohen Nachfrage im Kirchenfeldquartier und der Tatsache, dass es in diesem Quartier noch keine mit öffentlichen Geldern mitfinanzierte Kita gibt, suchte das Jugendamt während längerer Zeit eine Trägerschaft, die in der Lage ist, im Quartier eine grössere Anzahl neuer Kitaplätze zu schaffen. Erschwerend war die Tatsache, dass es schwierig ist, geeignete und bezahlbare Liegenschaften im Quartier zu finden.

Der Verein leolea hat nun die Gelegenheit, ein nicht mehr genutztes Gebäude eines Tennisclubs zu übernehmen und darin eine grössere Kita einzurichten. Das Jugendamt hat im freihändigen Verfahren entschieden, 20 der insgesamt geplanten 24 Plätze in dieser Einrichtung mitzufinanzieren.

Bern, 19. Mai 2010

Der Gemeinderat